

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonntags.
Bezugspreis vierteljährl. 1.50 RM.
ohne Postgebühren. Nur Post-
bezug. Bestellung bei allen Post-
stellen. Geschäftsstelle Berlin S. 55,
Urbanstr. 69 I. Fernr.: 8491 0668.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Kunzeigenpreis
die viergehaltene Beilage 00 RM.
für Verbandmitglieber 60 RM.
Werkzeugliste 60 RM.; Verjam-
lungsanzeigen 20 RM. Der Ku-
nzeigenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 31.

Berlin, den 27. Juli 1919.

85. Jahrgang.

Zum Verbandstag.

Am kommenden 27. Juli treten in Würzburg die Auserwählten unseres Verbandes zusammen, um die Vorberatungen zu erledigen für den offiziell am 28. Juli beginnenden Verbandstag. Sechs lange Jahre sind seit der letzten Tagung unseres Verbandsparlaments — Stuttgart 1913 — verfloßen, sechs Jahre, so schicksalsschwer, wie keines Menschen Herz sie je erlebt, Jahre, die unser ganzes Sein auf völlig neuen Boden gestellt haben, von dem man noch nicht weiß, ob er die Zeit des erlebten Sells uns bringen wird. In ernstester Stunde und zu ernster Arbeit versammeln sich die Vertreter unseres Verbandes, um Rats zu pflegen über die Mittel und Wege, die unserer prächtig aufblühenden Organisation für die Folgezeit frommen sollen. Da werden unsere Delegierten oft vor schwere Entscheidungen gestellt werden und ein gütiges Geschick mag es fügen, daß sie in allem das Rechte treffen. Noch ist alles im Fluß und der endgültige Ausgang der Dinge nicht abzusehen und nur das Ziel unserer Wünsche: Freiheit und Gleichheit aller Menschen auf der Grundlage edelster Brüderlichkeit ist in der Erscheinungen Flucht der einzig ruhende Pol. Wo hoch die Wogen der Meinungen branden, da muß ein fester Wille,

ein starkes Verantwortungsgefühl

am Steuer des Schiffes stehen. Dieses Bewußtsein, Träger des Geschicks unseres Buchbinder-Verbandes zu sein, mag jeden Vertreter unserer Gesamtmitglieder beherrschen, wenn er sich vor folgenschweren Entschlüssen stehen sehen muß. Ist die jetzige Zeit einer ersprißlichen Arbeit des Verbandstages günstig? Diese Frage wird keiner reslos bejahen können. Wohl ist der Krieg, der menschenmordende, zu Ende, aber wie so weit ab vom Wege des Friedens stehen wir noch, von Frieden, Ruhe und Ordnung im Innern unseres neuen Reiches. Das Chaos herrscht noch immer, das wilde Durcheinander, das keine ruhige Zeit zur planvollen Entwicklung kennt. Da will es wohl manchmal zweifelhaft erscheinen, ob die unheilvoll brodelnde Gärung ein zweckentsprechendes, dem Aufbau gewidmetes Arbeiten des Verbandstages zulassen wird. Nur ein eiserner Wille kann die widerstrebenden Meinungen meistern und Gutes schaffen. Und darum wünschen wir diesen Willen unserem Verbandstag, damit er, unbeeinträchtigt von blinder Leidenschaft, die Geister zusammenschweißt zu einigem Handeln. Gelingt ihm das, dann wird das Stattfinden des Verbandstages inmitten aller Beweglichkeit der Dinge und inmitten allen Flusses kein Fehler sein für die Weiterentwicklung unserer Organisation und keine vergebliche und verlorene Arbeit. Überall, wo um Großes gerungen wird, da gibt es Gegensätze, Kampf bis zum Aeußersten. Auch unser Verbandstag wird im Zeichen des Kampfes der Anschauungen stehen. Das darf aber nicht hindern, daß Sachlichkeit und strengste Objektivität auf allen Seiten vorherrscht. Nicht um des Gegenseites in den eigenen Reihen wegen soll gekämpft werden, sondern um des Fortschritts willen, den wir alle unserem Verbande zuweisen wollen. Kampf ist Fortschritt, vorwärtsstrebende Kraft, und nur so soll der Gegensatz, der in Würzburg angekämpft werden wird, bewertet werden:

Über allem die Einheit unserer Arbeit und unserer Bewegung.

Der Verbandstag läßt uns gedenken aller derer, die nicht mehr sind, der vielen, vielen Hunderte, die der wahnwitzige Krieg als unschuldige Opfer verschlang und der vielen, die der Tod sonst aus unserer Mitte riß und aus emsiger Tätigkeit für unseren Verband heraus. Viele unserer Besten sind unter ihnen, die da nie wiederkehren, die meisten von uns gegangen in der Blüte ihres Lebens, kaum entfaltet zu voller Kraft. Ihnen ein dankbares Gedenken zu widmen, ist Ehrenpflicht unseres Verbandstages.

Doch nicht den Toten, den Lebenden gilt unser Wirken. Fragen um die Grundlagen unseres Verbandes heißt es zu klären, Fragen, die aus dem Widerstreit der Meinungen geboren folgenschwere Entschlüsse verlangen.

Ein Wegweiser für die Arbeiten der Zukunft

soll der Verbandstag werden, nachdem er über Vergangenes geurteilt. Volles Bewußtsein über die Tragweite ihrer Verantwortung muß die Delegierten beherrschen, wenn sie gerechte Richter und weise Ratgeber sein wollen. Niemand wird unter uns sein, ihnen dieses Bewußtsein abzusprechen.

Die Arbeiten des Verbandstages berühren in erster Linie, ja zum größten Teil Aufgaben unserer eigenen Organisation, Aufgaben, die auf innerorganisatorischem Gebiet liegen. Die Geschäftsberichte der verantwortlichen Organe unseres Verbandes stehen einleitend zur Debatte. Hierin liegt einer der Schwerpunkte des Verbandstages, wie die nun hinter uns liegende Zeit der Verbandstagsdiskussion schon gezeigt hat. Obwohl nur kurz, ist sie doch mit einer bemerkenswerten Schärfe geführt worden, die als Vorspiel zu den Debatten auf dem Verbandstage selbst erkennen lassen, wie so groß in einzelnen Fragen der Gegensatz geworden ist. Unser Glaube an den Drang nach Gerechtigkeit und Rechtlichkeit in den Reihen unserer Delegierten und der Gesamtmitglieder ist groß genug, um zu erwarten, daß der Weg gefunden wird, der alle wieder zusammenführt zu geeintem Wollen und Handeln. Der Zusammenschluß unserer Unternehmer in eine einheitliche lückenlose Organisation zwingt mit Eisenfaust die Arbeiterschaft zu gleichem Tun, wenn sie nicht unterliegen will im unvermeidbaren Kampfe um das Recht ihrer Mitbestimmung im gewerblichen Produktionsprozeß. Mancher Grund zur Unzufriedenheit wird weichen müssen vor der harten Notwendigkeit einigen Zusammenstehens aller Kollegen und Kolleginnen zur Durchsetzung selbstverständlichen und größeren Rechts. Auseinanderstrebende Tendenzen können wir da nicht gebrauchen, wenn die Gefahr des Unterliegens im unausbleiblichen Kampfe vor der Tür steht. Wer wollte auch die Verantwortung tragen können für den Zusammenbruch aller der Hoffnungen, die viele Zehntausende unserer Mitglieder auf den siegreichen Ausgang des uns bevorstehenden Ringens setzen? Niemand kann das, und hätte er ein Gewissen, weit wie das Luftmeer über sich. Und deshalb wird der läßlabwägende Verstand der Regulator der Gefühle sein müssen, die nach explosiver Entladung drängen. Ein Schlußstrich unter Vergangenes und mit geeinter Kraft auf künftige ungleich wichtigere Aufgaben, das mag das Fazit der Erörterungen sein zum Besten unseres Verbandes.

Der Festlegung der Art und des Anfanges der Anteilnahme unserer Organisation an der allgemeinen Gewerkschaftspolitik und Taktik gilt der nächste Punkt der Tagesordnung unseres Verbandstages. Die Stellung der Gewerkschaften nach der Revolution, ihre Stellung zum Räteystem und ihre zukünftigen Aufgaben sind Fragen, die in gewissem Sinne grundsätzlich entschieden werden müssen, soweit überhaupt schon Klarheit herrscht über diese Dinge. Man muß schon mehr können, als das Gras wachsen hören, wollte man behaupten, daß in vielen hierher gehörenden Punkten auch nur einigermaßen ein Ueberblick möglich wäre über das, was sich aus den gegensätzlichen Anschauungen als das allein richtige herauszuschälen wird. Mehr als anderswo gilt hier das Wort, das erst zu wägen, dann zu wagen anrät. Einzig das Endziel ist es, das aus dem Dunkel ungeklärter Meinungen als unverrückbarer Fels hervorragt, aufgebaut und ersehnt von allen mit gleicher Leidenschaftlichkeit. Die Wege nur sind es, die die Geister scheiden, nicht das Ziel. Soll dies erreicht werden stürmisch vorwärtsdrängend, nicht achtend der Hindernisse, die sich aufstürmen, niederreißend alles das, was im Wege steht ohne Rücksicht darauf, ob zum Guten oder Bösen führt, oder soll mit Bedacht und

dennoch zitiert der Weg verfolgt werden, der auf etwas langsamerer Bahn zu läßt der natürlichen Entwicklung? Wer zum Ziel will, kann über den Berg steigen ohne Achtung der Gefahr des Absturzes, die ihm Hals- und Beinbruch bringen mag, doch um den Berg herum führt auch ein Weg zum Ziel, langsamer zwar, doch sicherer. Künftige Zeiten erst werden offenbaren, was zu tun das Richtige war. Mag ernste Prüfung und ehrlichste Überzeugung unsere Delegierten leiten, zu tun, was Rechtens ist.

Der Kritik unseres Kampfes um ein besseres Sein, um größere Anteilnahme an den Genüssen dieses Lebens, um mehr Rechte in unserer Existenz dient der weitere Punkt der Verhandlungen des Verbandstages. Unsere Lohnbewegungen zeigen, daß trotz allem unserer Organisation ein Kampfgeist und -mut eigen ist, der prächtige Fortschritte brachte und für viele Zehntausende ein Zurückfallen ihrer Lebenshaltung soweit als möglich verhinderte. Auch hier neue Wege, vom Zeitgeist bedingt und diktiert, neue Mittel, dem Unternehmer abzurufen, was zur menschenwürdigen Existenz dringender vorzuziehen. Ein gutes Teil grundsätzlicher Forderungen hat der Novembersturm verwirklicht, weiteres zu tun bleibt unserer Lastrast vorbehalten. Neue Ziele müssen errichtet, neue Wege, um sie baldigst zu erreichen, beraten werden. Eine größere Gleichheit der Entlohnung für alle Berufsangehörigen ist das dringendste Erfordernis kommender Tage, ein Nachholen für die, die zurückblieben, damit die Voraneilenden weniger Hemmnisse auf ihrem bahnbrechenden Wege zu überwinden haben. Um jeden Zollbreiten Boden muß ein harter Kampf geführt werden, auch heute noch im Zeichen größerer wirtschaftlicher Rechte. Da heißt es alle Kräfte zusammengefaßt, um vereint zu erreichen, was dem einzelnen nicht möglich. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf reichstatarischer Grundlage, die seit Jahren aufs lebhafteste gefordert wurde, ist in greifbare Nähe gerückt. Der Verbandstag hat sein Votum abzugeben, inwieweit und nach welcher Richtung hin sich die Bestimmungen eines Reichstataris den verschiedenen Wünschen anzupassen haben sollen, er hat über wichtige Spezialfragen zu urteilen, die bestimmend für die künftige Gestaltung der Entlohnung sein müssen. Auch hier haben wir die unterschiedlichsten Strömungen in den Kreisen unserer Kollegenschaft, die in eine einheitliche Bahn geleitet werden müssen, um die größtmögliche Kräftekonzentration zu bewirken, die als erstes Erfordernis künftiger wirtschaftlicher Kämpfe zu gelten hat.

Dieinen organisatorischen Fragen gilt der weitere Punkt der Tagesordnung des Verbandstages, der sich mit unseren Beitrags- und Unterstützungseinrichtungen beschäftigt. Der ständig sinkende Geldwert übt hier den größten Einfluß aus und es ist wohl zu verstehen, daß vielseitig eine Erhöhung unserer Unterstützungssätze gefordert wird, die wiederum eine andere Gestaltung des Beitragswesens notwendig im Gefolge haben muß. Demgegenüber steht das Verlangen auf Abbau unserer Unterstützungseinrichtungen, die dem Charakter unseres Verbandes als Kampfgemeinschaft geopfert werden sollen. Angesichts, daß mit dem Eingreifen des Staates zur Behebung wirtschaftlicher Notstände aus Anlaß von Krankheit und Arbeitslosigkeit die Möglichkeit des Abbaues der gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen näher gerückt ist, so liegen die Verhältnisse noch nicht, um den Abbau beginnen zu können. Unsere Unterstützung sind Zuschüsse zu den bis jetzt noch ungenügenden Leistungen des Staates, die außerdem — soweit die Erwerbslosenunterstützung in Frage kommt — kaum auf die Dauer die jetzige Höhe beibehalten werden. Solange also grundlegende, auf Dauer berechnete und die Existenz verbürgende staatliche Einrichtungen nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, muß die organisierte Selbsthilfe der Arbeiterschaft eingreifen. Neben der Verrückung der Gewerkschaften zur Besserstellung der wirtschaftlichen Lebenshaltung der Arbeiterschaft ist es diese Selbsthilfe in erster Linie mit, die den beruflichen Arbeitkollegen und -kolleginnen den hohen sittlichen Wert der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen demonstrativ vor Augen stellen. Und solange wir noch mit dem Egoismus der Menschen rechnen müssen, die bei jeder Leistung nach der Gegenleistung fragen, können wir die Unterstützungen nicht entbehren. Mit Idealmenschen zu rechnen wäre verkehrt, solange wir noch weit ab sind von allen Idealen, die uns vorstehen. Deshalb dienen die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen einem Uebergang, dessen Abbau zur Zeit noch nicht möglich ist, einem Uebergang vom Egoismus zum reinsten Idealismus, der nicht mit Gewalt zu erzwingen ist, sondern nur durch Erziehung und durch ein schrittweise zu bewirkendes Sineinleben.

Als weitere Aufgaben des Verbandstages gelten Beratung und Beschlussfassung über die vielen, durch die vorbezeichneten Punkte der Tagesordnung noch nicht erledigten Anträge, unter denen sich eine ganze Anzahl befinden, die in ihrem unscheinbaren Kleid Fragen von entscheidender prinzipieller Bedeutung in sich bergen und die in den Grundlagen unseres Verbandes eine richtunggebende Aenderung herbeizuführen bezwecken. Die wichtigsten von ihnen sehen wir in denen, die den Erfordernissen größeren demokratischen Rechts entsprechend für unsere Verbandsmitglieder einen gesteigerten Einfluß auf die Verwaltung unseres Verbandes durch Schaffung eines Verbandsbeirats herbeizuführen wollen.

Niemand, der sich der Zweckmäßigkeit solchen Verlangens entziehen wird, aber auch niemand, der von einem solchen Beirat alles Heil erwartet. Auch die Mitglieder dieses Verbandsbeirates sind nur Menschen mit allen menschlichen Fehlern und Schwächen, keiner unfehlbar genug, daß er nicht Irrtümern unterworfen wäre. So stellt der Beirat in erster Linie eine Entlastung der verantwortlichen Verbandsorgane dar, die bei wichtigen Entscheidungen die Last der Verantwortlichkeit auf einen größeren Kreis von Schultern legen können und sollen. Weitere Anträge von Bedeutung bezwecken einen festeren Zusammenschluß der verwandten organisierten Arbeiterschaft, ein Verlangen, das immer — nicht aus Schwäche, sondern aus der Erkenntnis zwingender Notwendigkeit — in unserem Verbandsleben lebendig war. Die Aussichten auf Durchsetzung dieser Forderungen sind — wie immer — gering. Um so mehr hat unser Verbandstag alles aufzubieten, die Schlagkraft unseres Verbandes in die Höhe zu treiben, damit er nach wie vor aus eigener Kraft seine Aufgaben erfüllen kann und so wenig als möglich die allgemeine Arbeiter-solidarität in Anspruch zu nehmen braucht. Mit berechtigtem Stolz wollen wir einstens sagen können, daß unsere Organisation im Rahmen des Aufgabenkomplexes der Gesamtarbeiterbewegung sein Teil geleistet hat aus eigener Kraft!

Den Abschluß der Arbeiten des Verbandstages bilden der Bericht vom Gewerkschaftskongress, die Wahlen zu den Verbandskörperschaften und die Erledigung der sonst noch nicht geregelten Angelegenheiten, die nicht in den Kreis eines der vorher genannten Tagesordnungspunkte gefallen sind.

Vielgestaltig und weitgesteckt sind die Aufgaben, die unser Verbandsparlament bei seinem 13. Zusammentritt vorfindet. Unsere Wünsche zum guten Gelingen begleiten seine Arbeiten, gleich wie jetzt 65000 Mitglieder ihre Augen nach Würzburg richten und erwarten, daß Erfriesliches und das gewerkschaftliche Arbeiten Förderndes dort von den Vertretern unserer gesamten Mitglieder zum Besten unseres Buchbinderverbandes geleistet wird. Das Wachstum unseres Verbandes ist seit dem letzten Verbandstag ein so herzerfreulichend erfreuliches, daß damit alle weitgesteckten Erwartungen für die Zukunft nicht ins Reich der Unmöglichkeit gehören. Der letzte Verbandstag, Stuttgart 1913, hielt Herrschau ab über 33½ Tausend Verbandsmitglieder, 16878 männliche und 16548 weibliche. Heute aber

65 Tausend Mitglieder

zu uns, von denen $\frac{1}{2}$ Kolleginnen sind. Das ist eine Truppe, mit der im wirtschaftlichen Kampfe etwas zu erreichen ist, mehr, als es uns seither möglich war. Dabei aber ist Voraussetzung, daß sich diese Kämpferschar nicht durch Uneinigkeit und innere Zerrissenheit selbst zur Ohnmacht verdammt. Das Vorwärts- und Aufwärtstreben der Arbeiterschaft kann nur von Erfolg gekrönt sein, wenn jeder einzelne willensstark für die Gesamtheit eintritt und diese für ihn. Solidarität, gegenseitige Hilfe, geschlossenes, durch keine Gegensätze auseinanderzureißendes Zusammenstehen, die erste Vorbedingung für den Endsieg, muß das unverlegliche Leitmotiv aller Handlungen sein. Nur dann ist die Besserung der Lage unserer Kollegen und Kolleginnen möglich, wenn sie zusammenhalten zu allen Zeiten, unbeirrt von der Verschiedenartigkeit der Anschauungen, die als Fragen der Taktik, nicht des Prinzips, so tausendfältig im Arbeiterleben sich zeigen. Unsere Gewerkschaften als wirtschaftliche Organisationen der Arbeiterschaft und jedes einzelne der Mitglieder hat eine hohe geschichtliche Mission zu erfüllen, ungleich bedeutungsvoller in der Jetztzeit, aber die einst die Geschichte mit besonderem Scharfblick reichten wird. Das verlangt das Einsehen der ganzen Persönlichkeit jedes einzelnen im Interesse der Gesamtheit, kein zages Zurückweichen darf es geben. Das Zusammenfassen aller erwerbstätigen Kräfte in allen Unternehmungen unseres weitverzweigten Berufs muß restlos durchgeführt werden. Schmach und Schande über den, der heute noch, ein Gegner seiner Artgenossen, das Aufwärtstreben seiner Klassengenossen und -genossinnen durch feiges Abseitsstellen zu hindern sucht. Aufgepeitscht durch die Rechtslosigkeit vergangener Zeiten, hat sich die deutsche Arbeiterschaft zum Sturze falscher Gewalthaber aufgerafft. Schon deuten leise Vorzeichen das Glimmen des Feuers auch jenseits unserer Grenzen an. Ob heller Brand auch dort auflodern soll, das liegt an uns, die wir Bannerträger im Weltbrande sein wollen, der durch sein reinigendes Feuer das ganze Menschengeschlecht läutern und zum besseren Erkennen der Menschenwürde bringen soll. Auch wir wollen ein vollgültiges Glied in der Reihe der Vollmenschen sein und müssen darum einsteilen mit unserem ganzen Ich, wenn es gilt. Mit Hilfe unserer Organisation wollen wir uns würdig zeigen der großen Zeit, in der wir leben. Mag darum nunmehr unser Verbandstag die Waffen schärfen und neue schmieden, damit unsere organisierte Kollegenschaft gerüstet ist für die kommenden Kämpfe, die ihnen ungleich größere Rechte bringen sollen als bisher.

In diesem Sinne begrüßen wir unsere Würzburger Tagung mit einem

herzlichen Willkommen!

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die Berichtskarten für das Statistische Reichsamt (graue Karten) sind in der abgelaufenen Woche an die Kassierer der Gauen und Zahlstellen verandt worden. Als Stichtag für die Fählung der Arbeitslosen kommt in diesem Monat der 26. Juli in Betracht.

Für die richtige Beantwortung der in den Berichtskarten gestellten Fragen ist im „Handbuch für die Bevollmächtigten“, auf Seite 226—237, eine ausführliche Erläuterung gegeben, welche wir allen damit beauftragten Funktionären, besonders aber den in den neugegründeten Zahlstellen tätigen Kassierern, zur genaueren Beachtung empfehlen.

Mit Rücksicht darauf, daß durch die zurzeit bestehenden schwierigen Verkehrsverhältnisse die Beförderung der Postkassen sehr verzögert wird, ersuchen wir die Verwaltungen der Zahlstellen, dafür besorgt zu sein, daß die Berichtskarten rechtzeitig ausgefüllt und dann sofort an uns eingesandt werden. Diese müssen spätestens am 5. August bei uns eingetroffen sein.

Der Vorstand.

Der Gewerkschaftskongreß.

III.

Zu dem Abstimmungsresultat über die Frage der Betriebsräte, das wir am Schlusse des Berichtes in der letzten Nummer wiedergaben, ist noch nachzutragen, daß weiter ein Antrag vom Kongreß angenommen wurde, nach dem der Arbeitgeber den Betriebsräten etwaigen Verdienstentgang oder sonstige Auslagen in voller Höhe zu ersetzen hat. Außerdem erklärte der Kongreß nach Kenntnisnahme des Vorentwurfs über die Betriebsräte, daß der Entwurf in wichtigen Teilen nicht allen Erwartungen entspricht, die berechtigterweise an ein Gesetz über die Errichtung von Betriebsräten gestellt werden können. Unsere Vertreter wurden ersucht, an der Ausgestaltung der Vorlage mitzuarbeiten, um ein brauchbares Gesetz zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer zu schaffen. Nur wenn das politische Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Arbeitnehmerangelegenheiten in der Vorlage zum Ausdruck komme, darf die Zustimmung der Arbeitervertreter erfolgen.

Dann referierte Leipart über die Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die wir leider aus Raumangel nicht in ihrem Wortlaut unseren Mitgliedern zur Kenntnis bringen können. Bei der Gründung dieses Gewerkschaftsbundes handelt es sich um einen alten Wunsch der Gewerkschaften. Nur aus Rücksicht auf politische Schwierigkeiten ist bisher von dieser Gründung, die schon 1898 verlangt wurde, abgesehen und es bei der Losen Verbindung in der Generalkommission belassen worden. Nach Beseitigung der Polizeivisur kann nun aber zur Gründung eines festgelegten Bundes geschritten werden. Man hatte in früherer Zeit die Bezeichnung „Deutscher Gewerkschaftsbund“ wählen wollen, inzwischen haben aber die Christlichen und die Christ-Dunderschen Gewerkschaften die Kühnheit gehabt, sich diesen Namen anzueignen. In dem Zusammenwirken der Zentralverbände wird nichts geändert werden. Es ist aber mehr als bloße Namensänderung: Der „Allgemeine Gewerkschaftsbund“ wird in der beschlossenen Verbindung den Einfluß und die Macht der Gewerkschaften noch mehr in den Vordergrund treten lassen als bisher. Die Selbstständigkeit der Verbände bleibt unberührt. Der Einleitungssatz für die Statuten lautet: „Die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Erwerbszweige bedürfen zur Vertretung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen der beruflichen Vereinigung der Gewerkschaften. Nur durch Kampf in den Gewerkschaften und durch kollektive Vereinbarungen mit den vereinigten Unternehmern sowie mit den Leitungen der sozialistischen Betriebe können die Arbeitsverhältnisse einheitlich und vorläufig geregelt werden.“ Ein Antrag verlangt, daß in diesem ersten Satz hinter „Gewerkschaften“ gesetzt werde „und die Arbeiter- und Betriebsräte“, ferner sollen im zweiten Satz geschrieben werden die Worte „nur“, „kollektiv“

und „vereinigte“. Dieser Antrag läßt keinen Zweifel darüber, daß durch ihn zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß die Gewerkschaften eigentlich überflüssig seien, denn er spricht deutlich aus, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht nur durch Kollektivverträge, sondern auch durch Betriebsräte in den einzelnen Betrieben geregelt werden können. Das widerspricht allen Grundsätzen, die die Gewerkschaftsbewegung bisher verfolgt hat. Entweder regelt man die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch die Gewerkschaften oder durch die Betriebsräte. Leipart wendete sich auch gegen einen Antrag des Bergarbeiterverbandes, wonach alle Arbeiter, welche unter und über Tage beschäftigt werden und Mitglied einer Knappschafts-Pensionskasse sind, dem Bergarbeiterverband angehören müssen. Die Einheitsorganisation kann uns nichts nützen, wir müssen an der alten Form der Berufs- und Industrieorganisationen festhalten.

Dihmann-Frankfurt bestritt, daß seine Anträge dahin zielen, die Gewerkschaften durch Arbeiter- und Betriebsräte auszuscheiden. Sie seien zu gute Gewerkschaftler, um nicht zu wissen, daß die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch die Gewerkschaften erfolgen müsse. Aber eben Betriebsräten werden durch die Richtlinien soziale und wirtschaftliche Funktionen überwiesen, so daß ihnen auch Raum für Betätigung gelassen werden müsse. Weiter bittet er die Anhänger der Demokratie, in den Statuten doch auch ein klein wenig die Demokratie zur Geltung kommen zu lassen. Er wünsche, daß die Zeitverhältnisse sich so entwickeln möchten, daß der Gewerkschaftskongreß schon im nächsten Jahre zusammentreten müsse. Mindestens müssen aber alle zwei Jahre Gewerkschaftskongresse abgehalten werden.

Nach langer Debatte, in der eine Anzahl Änderungsanträge zu den Satzungen eingebracht worden und verschiedene Redner für Betriebsorganisationen eingetreten waren, wurden die gesamten Anträge einer Kommission zur Durchberatung überwiesen. Auf weiteren Antrag entscheidet sich der Kongreß mit 308 Stimmen dahin, daß die bisherige Form der Berufs- und Industrieorganisationen aufrechterhalten werden soll. Die eingesehene Kommission lehnte die Mehrzahl der eingebrachten Anträge ab. Sie erklärte sich für kollektive Arbeitsverträge und sagte: „nur durch kollektive Verträge mit den Unternehmern werden Vereinigungen usw. . .“ Man wolle mit dieser Form etwas mehr Elbogenfreiheit schaffen, daß auch Tarifverträge mit Arbeitgebern abgeschlossen werden können, die keiner Organisation angehören, obwohl man nicht verkante, daß es wertvoller sei, wenn die Verträge auf beiden Seiten durch starke Verbände gedeckt werden. Die Kommission vermochte sich der Forderung nach einer schärferen Betonung der Industriebünde nicht anzuschließen, da den Fachverbänden Spielraum gelassen werden muß, wenn sie meinen, daß ihre Berufsverhältnisse noch nicht für den Zusammenschluß in größeren Industriegruppen reif seien.

Auf Vorschlag der Kommission beschloß der Kongreß, daß er die Aenderung der Satzungen hinsichtlich der Organisationsform nicht für notwendig hält. Er erklärt aber, daß die davon abweichenden organisatorischen Eigenheiten von Organisationen, die bisher der Generalkommission angeschlossen waren, anerkannt werden.“ Als Beitragsleistung werden 20 Pf. jährlich für jedes Mitglied festgesetzt. Der Bundesvorstand besteht aus 16 Mitgliedern, davon sind die drei Vorsitzenden, der Kassierer, der erste Redakteur sowie zwei Sekretäre angestellt. Außerdem werden acht Beisitzer frei gewählt. Der Kongreß findet weiter alle drei Jahre statt. Auf 10 000 Mitglieder (bisher 6000) entfällt ein Vertreter. Der Antrag, die Wahlen zum Kongreß durch Urwahlen vorzunehmen, wird mit 448 gegen 198 Stimmen abgelehnt. Der Bundesvorstand wird beauftragt, ein Wahlstatut für die Ortsausschüsse auszuarbeiten. In der Schlusssitzung wird das Gesamtstatut gegen etwa 70 bis 80 Stimmen unter großem Beifall angenommen und Regien erklärt den „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund“ für begründet.

Die Wahl zum Bundesvorstand erfolgt durch Stimmzettel. Gewählt wurde als 1. Vorsitzender Regien; als Stellvertreter Waghmann (Buchdrucker) und Cohen (Metallarbeiter); Kassierer Lube (Zimmerer);

Redakteur Umbreit (Holzarbeiter); besoldete Sekretäre sind: Knoll (Steinseger) und Köfler (Bergarbeiter). Unbesoldete Beisitzer sind Radert (Brauereiarbeiter), Brunner (Eisenbahner), Bruns (Fabrikarbeiter), Giebel (Bureauangestellter), Sabath (Schneider), Sassenbach (Sattler), Schmidt (Landarbeiter) und Silberstein (Bauarbeiter).

Darauf referierte Umbreit über „Die Sozialisierung der Industrie“. Aus seinen Ausführungen hoben wir hervor: Unsere großen Vorkämpfer haben uns die Sozialisierung als heiliges Vermächtnis hinterlassen. Die wirtschaftliche Demokratie wird erst dann vollständig werden, wenn die Produktionsmittel in den Händen der Allgemeinheit übergeführt werden. Der Weltkrieg hat uns nur einen Trümmerhaufen hinterlassen. Unsere Reichsschuld ist auf 200 Milliarden gewachsen und unser Nationalvermögen ist auf einen Bruchteil seines früheren Bestandes zusammengeschrumpft. Dazu kommen die ungeheuren Lasten des Friedens. Wie anders sieht es in Deutschland nach dem Ententefrieden aus, als wir uns vorgestellt hatten für den Tag nach der siegreichen Revolution. Wie wenig hat man uns gelassen, und in diesem Zustande sollen wir sozialisieren! Dazu kommt, daß wir irre geworden sind an unserer Kraft und der siegreichen Kraft des Sozialismus. Die Arbeiterschaft ist in sich zerrissen, die Produktion wird gehemmt und die Proletarisierung macht weitere Fortschritte. Was die Entente aus unserer Klasse nicht herausjaugt, das zehren Erwerbslosenunterstützung und Bürgerkrieg auf. Der Sozialismus kann auf solchem Boden nicht reifen. Er kann sich nur entwickeln auf dem Boden der Produktion. Nur in friedlicher, fruchtbringender Arbeit kann der Sozialismus geboren werden. Der Sozialismus ist die einzig mögliche Rettung aus der Unklammerung des Imperialismus. Die Gemeinwirtschaft schützt uns vor der kapitalistischen Ausbeutung und vor proletarischer Aufsteifung des Ertragsgewinns. Führer dieser Entwicklung muß die deutsche Arbeiterschaft sein. Kann Deutschland allein sozialisieren, umgeben von kapitalistischen Staaten, die dem Sozialismus erwürgen wollen? Nicht durch schwächliches Jögern und Erwägen können wir etwas erreichen, sondern wir müssen uns dem kategorischen Imperativ des „Muß“ beugen. Wir müssen sozialisieren, ob wir wollen oder nicht. Nur die Staatsbürgerschaft kann die zerrüttete Volkswirtschaft wieder auf die Beine bringen. Die Arbeiterschaft will nichts mehr von vorsichtigen Erwägungen wissen, sie will ein entschlossenes Zugreifen. Der Wille zum Anfang für die Sozialisierung muß einmal gezeigt werden. Die Unrast und Arbeitsunlust werden nicht eher aufhören, als bis das Steuer des Staates entschlossen auf den Sozialismus gerichtet ist. Die Friedensbedingungen zwingen uns zur Sozialisierung. Wie sollten wir die Lasten abtragen, wenn sich noch Privatkapitalisten von den Erträgen der Arbeit bereichern wollen. Wir können freilich keine deutsche Sozialisierungsinser bleiben. Wir sind auf das Ausland in bezug auf Rohstoffe und Nahrungsmittel angewiesen. Eine Reihe von Produktionszweigen könne nur international sozialisiert werden, aber eine Reihe anderer sind ohne Beziehungen zum Ausland und können ohne weiteres sozialisiert werden. Wir sind sogar in der glücklichen Lage, eigene Produkte zu erzeugen, die das Ausland braucht. Der Sozialismus ist das größte Ziel der internationalen Arbeiterbewegung. Je eindringlicher wir den Arbeitern der anderen Länder zum Bewußtsein bringen, daß der Friede sich gegen das sozialisierte Deutschland richtet, daß der Sozialismus losgeschlagen werden soll, desto eher ist zu erwarten, daß sie sich gegen dieses Friedenswerk erheben. So hat der Friede ist, so begrüßen wir ihn als ersten Schritt, um mit der Sozialisierung beginnen zu können. Die zweite Voraussetzung ist aber die Wiederaufrichtung des Wirtschaftslbens. Der Produktionsprozeß muß erst wieder hergestellt werden. Es kann keiner bei diesem Wiederaufbau entbehrt werden, insbesondere brauchen wir auch die Unternehmer. Die Arbeitsgemeinschaft ist eine wertvolle Errungenschaft für den Wiederaufbau und für unseren Weg zum Sozialismus. Sie darf nicht durch eine rückwärtliche Arbeiterauffassung gestoppt werden. Ohne Zusammenwirken der Organisationen kann der gesunde Aufbau nicht erfolgen. Für die dritte Etappe brauchen wir volle Demokratie in Staats- und Gemeinwesen

verwaltung und Betrieben. Nicht nur eine Diktatur des Proletariats, nicht durch Rutsche und pseudo-wirtschaftliche Streiks können wir vorwärts kommen. Es gibt Wirtschaftszweige von vorwiegend lokaler Bedeutung. Die Sozialisierungskommission hatte sich keineswegs auf den Boden der vollen Sozialisierung gestellt. Auch in der Enteignung war sie weit entfernt, einen extremen Standpunkt einzunehmen. Als Regel muss gelten, daß nicht Einzelbetriebe, sondern ganze Industriezweige enteignet werden. Durch Dekrete und Gewaltmaßnahmen läßt sich keine Wirtschaftsform einführen. Erdfrüchte gehören der Allgemeinheit und dürfen nur vom Reiche sozialisiert werden. Die Nahrungsmittelindustrie und das Baugewerbe wird man wahrscheinlich eher sozialisieren können als die Metallindustrie. Sehr schwer ist es, das Transportgewerbe zu sozialisieren, weil es zu stark in der privatkapitalistischen Weltwirtschaft verankert ist. Auch die Sozialisierung der Industrien, die für den Bedarf der Gemeinden und des Reiches arbeiten (Wohnungswesen und Seeresbetriebe), wird sich leicht durchführen lassen. Die Sozialisierung der Halbzeugindustrie wird sich nur dann durchführen lassen, wenn ihre die Sozialisierung der Holzindustrie vorausgegangen ist. Dem hätte sich die Sozialisierung der Industrie für Fertigfabrikate anschließen. Die Reuorganisierung des Handels ist von Fall zu Fall vorzunehmen. Für den Kleinhandel würden wir dem genossenschaftlich bestehenden den Vorkzug geben. Die Sozialisierung des Eisenbahnwesens ist durch Übernahme des Betriebes auf das Reich sofort möglich. Der Hochseeverkehr ist in hohem Maße vom Weltverkehr abhängig und daher seine Sozialisierung schwieriger. Redner kommt zu dem Schluß: Die Sozialisierung setzt eine großzügige Organisation voraus. Durch die Gleichmacherer treiben wir der Privatwirtschaft die fähigsten Köpfe in die Arme. Auch dem geringsten Arbeiter muß ein Richtungsrecht über seine Arbeitsbedingungen zugestanden werden. In der nächsten Zukunft wird sich der Sozialismus durch politische Akte vollziehen, was aber nicht den Tod der Arbeitsgemeinschaft bedeutet, die eine Vorstufe zum Sozialismus ist. Von allen fordert der Sozialismus volle Arbeitspflicht. Für Müßiggänger ist kein Platz im sozialistischen Staat. Der Sozialismus ist keine Lohnfrage für die einzelnen, sondern eine Existenzfrage für die Allgemeinheit. Die Vorbedingung für den Sozialismus ist die Sozialisierung der Bildung. Sozialismus ist die Einheit der Organe, Selbstziehung und Arbeit. Nur in dem Sinne kommen wir zum Ziel.

Die Ausführungen des Korreferenten Dr. Hilferding bewegten sich auf nachstehenden Grundrissen:

Es ist die Ueberzeugung aller Sozialisten, daß die sozialistische Produktion der kapitalistischen überlegen ist, dank der Planmäßigkeit und technisch-wissenschaftlichen Durchorganisierung der Betriebe. Sie erhöht die Arbeitsprodukt der Arbeiter. Die Verzerrung des Wirtschaftslebens und die Härte der Friedensbedingungen ist darum für uns noch kein Grund, die Sozialisierung abzulehnen. Im Gegenteil, die deutsche Wirtschaft kann sich unter diesen Verhältnissen den Luxus nicht erlauben, den Mehrwert einer kleinen Gruppe von Kapitalmagnaten zu überlassen. Die Härte der Friedensbedingungen ist also ein neuer Ansporn, mit der Sozialisierung den Anfang zu machen. Dabei können wir in dem Industrieland Deutschland nicht so vorgehen wie in einem reinen Agrarland. Wir müssen sozialisieren unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung des ganzen Umfanges der Industrie. Jede Unterbrechung der Produktion würde für breite Schichten bereits den Hungertod bedeuten. Die Sozialisierung darf also nicht einhergehen mit einem Rückgang der Produktion. Deshalb müssen wir alle Arbeitskräfte heranziehen, auch die Kaufleute, Techniker und industriellen Beamten. Allerdings müssen sich diese Angestellten und Beamten sofort in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Der Unternehmer kann sich nicht als privatkapitalistischer Ausbeuter weiter an der Produktion beteiligen, seine Besitzfunktionen müssen ausgeschlossen sein. Die stärksten Nachstellungen des Kapitals müssen in erster Reihe in die Hände der Gesellschaft kommen. Dazu gehört die ganze Industrie der Stoff- und Kraftgewinnung, die Kohle, Stahl, Eisen- und Elektroindustrie. Wir können dann weitergehen und alle Industrie-

zweige der sozialistischen Produktion unterwerfen, die unmittelbar mit diesen in Verbindung stehen, vor allem die Hilfsindustrien wie der Lokomotivbau. Auch die Zigarotten-, Spiritus- und Stidstoffindustrie sind zur Sozialisierung reif, ebenso die Industriezweige, die für den Massenkonsum produzieren, besonders die Textil- und Schuhfabrikation. Auch in der Fertigungsindustrie sind weite Gebiete zur Kommunalisierung reif. Das Versicherungswesen kann ganz oder teilweise sozialisiert werden, ebenso die Hypothekbank; diese deshalb, weil die Verfügung über die Hypotheken die Voraussetzung einer vernünftigen Sozialisierung auf dem Lande ist. Die Frage der Entschädigung ist keine Prinzipien-, sondern eine Zweckmäßigkeitfrage. Die Entschädigung muß nach bestimmten Grundrissen erfolgen und durch eine wirklich sozialistische Steuerpolitik ergänzt werden. Darunter verstehe ich in erster Reihe, daß die allgemeinen Steuern den bisher bestehenden Klassen auferlegt werden und sodann eine allmähliche Abtragung der aus der kapitalistischen Wirtschaft übernommenen Besitz- und Vermögensunterschiede durch die Steuergesetzgebung. Die Kosten der Entschädigung werden dann von den bestehenden Klassen getragen werden. Soweit die Sozialisierung mit Entschädigung verbunden ist, muß sie auch mit Vermögensabgaben Hand in Hand gehen. Die Sozialisierung kann sich um so reibungsloser vollziehen, je klarer die Verhältnisse der einzelnen Industriezweige festgelegt werden. Das hat die Sozialisierungskommission getan und es ist bedauerlich, daß sie durch die systematischen Bemerkungen der Regierungsbureaukratie zur Niederlegung ihres Amtes gezwungen wurde. Eine Fortsetzung ihrer Arbeiten wäre wünschenswert, aber nur wenn der ernste Wille zur Sozialisierung vorhanden ist. Heute fühlt sich das Unternehmertum wieder gesichert, so daß an einen ersten Widerstand zu denken ist. Die englische Regierung plant die Sozialisierung des Kohlenbergbaus; sie geht also in der Sozialisierung weiter als die deutsche Regierung. Die merkwürdigen Pläne des Reichswirtschaftsministers Wiffell sind ganz unklar. Die gebundene Planwirtschaft hat mit Sozialismus nichts zu tun, denn sie geht darauf aus, das Unternehmertum zu erhalten. Sie ist die Übertragung der Arbeitsgemeinschaften auf das ökonomische Gebiet. Wiffells Planwirtschaft bedeutet eine Gefahr für die Verwirklichung der Sozialisierung. Wenn wir den Sozialismus durchsetzen wollen, muß zuerst die Frage der politischen Macht entschieden werden. Die Kämpfe seit dem 9. November sind dadurch verflüchtigt, daß unsere Front durch Zwistigkeiten gebrochen ist. Die Wiedervereinigung des Proletariats ist ein Prozeß, der langsam durchgeföhrt werden muß. Die Zerstückelung der Arbeiterbewegung war historisch notwendig, weil weite Kreise erfüllt waren von bürgerlicher Ideologie, die leider zu sehr gefördert worden ist durch die offizielle sozialistische Politik in der Kriegszeit. In der gegenwärtigen schwierigen Lage müssen wir offen sagen, daß die Sozialisierung keine sofortige Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse bedeutet. Deshalb kommt für uns auch nur der organische Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in Frage. Die Sozialisierung darf für die Arbeiterklasse nicht nur eine Messer- und Gabelfrage sein. Ohne Begeisterung läßt sich der Sozialismus nicht durchführen, mit Lohnfragen allein läßt sich keine Begeisterung schaffen. Die Arbeiterklasse muß sich darüber klar sein, daß sie ein großes geschichtliches Werk durchzuführen hat.

Als zweiter Korreferent war der Kommunist Geckert-Chernitz vorgehen. Da dieser schon abgereist war, mußte der Kongreß auf dessen Ausführungen verzichten.

Das Referat über „Landwirtschaftliche Produktion und Ansiedlung“ wurde von der Tagesordnung abgesehen, es soll dem Protokoll eingefügt werden.

In der Diskussion über die Sozialisierungsfrage wurde die Bekämpfung der Heimarbeit durch die Regierung gefordert und vom Kongreß ein entsprechender Antrag angenommen, der die Heimarbeit als die rückständigste Produktionsform, die für jeden Fortschritt und die Durchführung der Sozialisierung das größte Hindernis bildet, erklärt. Es muß deshalb die wichtigste Aufgabe der Gegenwart sein, die Heimarbeit, welche dem Unternehmertum die weitgehendsten Möglichkeiten der Ausbeutung

bietet und die auch von denselben geübt wird, durch eine zeitgemäße Produktionsform zu ersetzen. Im besonderen wird die Durchführung des Achtstundentages durch die Heimarbeit in Frage gestellt und jeder gewerkschaftliche Fortschritt durch dieselbe erschwert. Sie dient dem Unternehmertum dazu, die Durchführung grundsätzlicher gewerkschaftlicher Forderungen zu verhindern. Der Gewerkschaftslongreß forderte deshalb von der Regierung, daß beschleunigte gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Heimarbeit ergriffen werden, die zum Ziele haben, daß allen Personen, die imstande sind, im Betriebe arbeiten zu können, die Beschäftigung in der Heimarbeit verboten ist und die Unternehmer verpflichtet werden, für diese zeitgemäße, allen hygienischen Anforderungen entsprechende Arbeitsräume zu halten bzw. zu beschaffen. Insbesondere ist die Beschäftigung von Zwischenweibern zu verbieten. Bis zur Abschaffung der Heimarbeit hält der Kongreß es für erforderlich, daß Reich, Staat und Gemeinden alle Aufträge in eigenen Betrieben herstellen. Im besonderen sind alle vorhandenen geeigneten staatlichen und Reichsbetriebe, wie Bekleidungsämter u. a. m. für die Eigenproduktion aufrechtzuerhalten und auszubauen. Weiter forderte der Kongreß, daß bis zur Ueberleitung der Produktion von der Heimarbeit in Betriebswerkstätten das Hausarbeitgesetz vom 20. Dezember 1911 eine der Neugeist entsprechende Revision erfährt, um damit zu einem wirklichen und wirksamen Heimarbeiterschutz zu gelangen. Im weiteren forderte der Kongreß, daß die Heimarbeit der sozialen Versicherung und der Arbeiterschutzgesetzgebung in vollem Umfange unterstellt wird. Die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften forderte der Kongreß auf, mit allen Kräften in diesem Sinne zu wirken.

Außer diesen wurde ein Antrag angenommen, der die Entmilitarisierung der Bekleidungsämter fordert. (Schluß folgt.)

Die Differenzen mit dem Verbands deutscher Buchbindereibeltzer,

die sich aus Anlaß der Ablehnung des Schiedspruches vom 4. Juni durch die Unternehmer ergeben hatten, sind in gemeinsamen Verhandlungen mit diesen vor dem Reichsarbeitsministerium am 16. Juli beigelegt worden. Ueber den Sachverhalt sind unsere Mitglieder durch die Veröffentlichungen in den Nummern 25 und 26 der „Buchbinder-Zeitung“ unterrichtet. Dort war gesagt worden, daß unser Verband die Rechtsverbindlichkeit des Schiedspruches beantragen würde. Das ist geschehen, doch wurde vom Reichsarbeitsministerium geantwortet, daß eine solche Rechtsverbindlichkeitserklärung nur als letztes Mittel zur Anwendung kommen soll und daß das Ministerium versuchen werde, die Parteien zuvor nochmals an den Verhandlungstisch zu bringen, um sie zu einer Einigung ohne dieses letzte Mittel zu veranlassen.

Am 16. Juli fand diese Sitzung statt unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden, des Herrn Landgerichtsrats Dr. Wulff, der einleitend den Sachverhalt schilderte und die Parteien zu einer friedlichen Einigung zu bewegen suchte. Dabei stellte er in Aussicht, daß eventuell ein neuer Schiedspruch gefällt werden müßte, was natürlich wieder einige Zeit erfordere, da ein neues Schiedsgericht erst beauftragt werden müsse. Die Unternehmer operierten in dieser Sitzung in der Hauptsache damit, daß seit dem letzten Spruch eine beträchtliche Senkung der Lebensmittelpreise eingetreten sei, nicht zuletzt dadurch, daß das Reich 1 1/2 Milliarden Mark für diesen Zweck zur Verfügung gestellt habe. Die Wagnahme der Reichsregierung werde sich in den kommenden Tagen erst voll zeigen und eine weitere Erhöhung der Preise, ja auch ein Wiederangehen derselben auf den früheren Stand sei ausgeschlossen. Zum Teil könne man eine sehr scharfe Senkung beobachten und das Vorgehen der Regierung müsse bewirken, daß das Reichsopfer nicht umsonst gebracht worden sei. Herr Wübben-Berlin behandelte die unterschiedliche Bewertung der Buchdruckereien und Buchbindereien. Der Schiedspruch sei nicht abgelehnt worden, weil die Unternehmer den Buchbindern nicht die gleiche Entlohnung wie den Druckern gönnen, sondern weil ihre Betriebe diese neue Beschäftigung nicht zu tragen vermöchten. Arbeitsgelegenheit sei nur in sehr bescheidenem Maße vorhanden. Der

Schiedspruch bedinge eine Erhöhung der Preise um 20 Prozent, die ihnen niemand vergüte. Täglich steigende Auftragsmangel und die Abwanderung der Arbeit in die Provinz. Die Unternehmer seien bereit, eine Regelung der Streitfrage auf Grund der Zugeständnisse, wie sie in ihrem Flugblatt an die Arbeitnehmer niedergelegt sind, vorzunehmen.

Diesen Begründungen ihres ablehnenden Verhaltens stellte unser Vorsitzender Kloth die Tatsache entgegen, daß der Preisrückgang zunächst nur wenige Artikel betreffe, diese aber von unseren Mitgliedern trotzdem nicht gekauft werden können, da ihr Verdienst dazu nicht ausreicht. Und wo es dennoch geschehe, dann stelle das eine neue Belastung des Arbeiterbudgets dar, für die ein Ausgleich nicht gegeben sei. Keines unserer Mitglieder könne daran denken, sich Neuanfassungen für Bekleidung und Hausrat zu leisten. Das aber sei sehr notwendig, nachdem seit vielen Jahren eine starke Abnutzung dieser Sachen eingetreten sei und eine Erneuerung infolge zu geringer Einkommens nicht möglich war. Die Konkurrenz des Auslandes sei nicht eine Folge der Lohnsteigerungen, sondern dabei spiele, wie von einem unserer anderen Vertreter angeführt wurde, die Papierzuteilung eine Rolle mit, da die im Ausland hergestellten Bücher bei der amtlichen Papierzuteilung ausbleiben. Auch die Konkurrenz der Provinz scheide aus, nachdem es unserem Verbands gelangene ist, in den meisten Orten die Entlohnung der Arbeiterschaft in die Höhe zu treiben. Durch technisch weniger vollkommene Einrichtungen arbeiten die Provinzbetriebe trotz geringerer Löhne immer noch teurer als die Betriebe der Tarifstädte. Auch die ziffernmäßig feststellbare Zunahme der Arbeiterzahl der Tarifstädte spreche gegen die Annahme der Arbeitsmangeländerung in die Provinz. Daß unsere Kollegenschaft heute weniger leistungsfähig sei als ehemals, erkläre sich aus der Unterernährung, unter der sie — nicht zuletzt infolge zu geringer Entlohnung — leide. In anderen Industrien würden Löhne gezahlt, hinter denen die unserer Kollegenschaft weit zurückblieben. Dazu komme die Ansicht auf weitere Verteuerung notwendiger Dinge, wie Kohle, Steuern usw. Auch von den übrigen Vertretern unserer Mitglieder griffen einige sehr wirkungsvoll ein, ohne freilich eine sichtbare Bestimmungsänderung bei den Unternehmern herbeizuführen. Diese erklärten vielmehr, nach wie vor an der in unserem Gewerbe eingelebten Akkordarbeit festhalten zu müssen, da sich auf diese ihr ganzes Geschäftsbetrieb aufbaue. Der Sprecher der Unternehmer appellierte speziell an die Vertreter der radikalen Richtung unter der Arbeiterschaft, sich zu äußern, da die Entlohnung in Leipzig nach den Grundätzen des Unternehmerflugblattes anerkanntermaßen erfolge. Geschiebe berichtigte diese Mitteilung dahin, daß dies nur unter dem Vorbehalt zentraler Regelung geschehen sei. Die endlosen Verhandlungen schienen resultatlos ausgehen zu sollen und erst, nachdem der Grundsatzt feher Teuerungszulagen auch für Akkordarbeiter und -arbeiterinnen aufgegeben worden war, verstanden sich die Unternehmer zu weiterem Entgegenkommen. Nach fünfständiger Verhandlung, die mehrere Sonderberatungen der Unternehmer und auch der Arbeitervertreter in sich schloß, kam eine Einigung zustande, wie aus folgender Abschrift des Beschlussesprotokolls ersichtlich ist. Es heißt da:

Zwischen dem Verband deutscher Buchbindermeister und dem deutschen Buchbinderverband ist die folgende Vereinbarung geschlossen worden:

In Abänderung der durch den Schiedspruch vom 4. Juni 1919 getroffenen Festsetzung der Teuerungszulagen einigen sich die Parteien wie folgt:

1. Teuerungszulagen zum Zeitlohn:
 - a) Männliche Arbeiter
 - im 5. Berufsjahre 8 M.
 - im 6. bis 9. Berufsjahre 12 "
 - vom 10. Berufsjahre ab 14 "
 - b) weibliche Arbeiter
 - Ungeübte (a und b des Tarifs) 4 "
 - Gewübte Arbeiterinnen im 2. bis 4. Berufsjahre 6 "
 - nach dem 4. Berufsjahre 9 "
2. Teuerungszulagen zur Akkordarbeit:

Für männliche und weibliche Arbeiter auf alle tariflichen Grundlöhne 80% Zuschlag. Außerdem wird für Handfegerinnen der bisherige Zuschlag von 80 auf 40 Proz. erhöht.

Grundlohn ist: Tariflohn plus 10 Proz. für Arbeitszeiterkürzung; beim Handfajalen: Tariflohn plus 40 Proz. plus 10 Proz.; beim Feisten: Tariflohn plus 15 bzw. 20 Proz. plus 10 Proz..

3. Urlaub.

Allen Beschäftigten ist unter Fortzahlung des Lohnes und der Teuerungszulagen bei einer ununterbrochenen Beschäftigungsdauer in der gleichen Firma Urlaub zu gewähren und zwar nach einem Dienstjahre 3 Tage

- drei Dienstjahren 4 "
- fünf " 6 "
- zehn " 8 "

Diese Vereinbarung hat rückwirkende Kraft vom 1. Juli 1919 ab.

Berlin, den 16. Juli 1919.

Für den Verband deutscher Buchbindermeister:
gez.: Arthur Kummel.

Für den Deutschen Buchbinderverband:
gez.: Emil Kloth.

Zur Beglaubigung:
gez.: Wulff, Landgerichtsrat.

Diese so jetzt vereinbarten neuen Teuerungszuschläge entsprechen in der höchsten Stufe bei den Kollegen dem Schiedspruch vom 4. Juni, in der höchsten Stufe für Arbeiterinnen bleiben sie gegenüber diesen um 1 M. zurück. Neu ist, daß den Akkordarbeitern und -arbeiterinnen nicht eine feste Teuerungszulage, sondern ein 83%prozentiger Zuschlag auf die Akkordgrundlöhne gegeben wird, sowie auch die Regelung der Ferienfrage. Ist diese auch in noch sehr bescheidenen Grenzen gehalten, so ist doch endlich einmal ein Anfang gemacht, wobei Besseres zu erreichen der kommenden Tarifverhandlung überlassen bleibt. Die Einteilung der Ferien soll möglichst in Übereinstimmung mit den Betriebsräten oder Arbeiterverschüssen erfolgen.

Für den 17. Juli war eine gemeinsame Sitzung der Vertreter unseres Verbandes mit denen des Deutschen Buchbindermeisterverbandes in Aussicht genommen, die infolge Zeitmangels der Unternehmer ausfallen mußte. In dieser Sitzung sollten die Grundätze festgelegt werden, nach denen die Beratungen über die Erneuerung des Tarifs erfolgen sollten. Die Unmöglichkeit des Stattfindens dieser gemeinsamen Sitzung war die Ursache, daß nunmehr direkt im Anschluß an die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium den Unternehmern der Antrag unterbreitet wurde, die Beratungen über die Erneuerung des Tarifs auf der Grundlage von Wochenentlohnung unter Beseitigung der Akkordarbeit vorzunehmen. Kollege Kloth begründete die Abneigung unserer Mitglieder gegen die Akkordarbeit mit der physischen Unmöglichkeit, bei der anerkannten Unterernährung die bei Akkordarbeit notwendige körperliche Anstrengung ohne schwere Schädigung der Gesundheit der Arbeiterschaft auszuhalten, das weiterhin mit dem schlechten Material, das jetzt verarbeitet werden muß und das die Erreichung eines annehmbaren Verdienstes ausschließe, sowie auch damit, daß die Akkordarbeiter einen höheren Lohn als die Zeitlohnarbeiter nicht erreichen können infolge der zu geringen Akkordpreise. Gesche-Leipzig erklärte, mit dieser Begründung Kloths nicht einverstanden zu sein, da er Gegner der Akkordarbeit aus Prinzip sei. Die Unternehmer betonten demgegenüber einmütig, daß sie unter keinen Umständen auf die Beseitigung der Akkordarbeit eingehen würden. Sie gestanden eine Behebung der Mängel des Tarifs durch entsprechende Aufbesserung der Akkordpositionen zu. Diese Erklärung der Unternehmer wurde zur Kenntnis genommen mit dem Bemerkten, daß nunmehr unsere Kollegenschaft zu dieser bestimmten Willensfundgebung der Unternehmer Stellung nehmen müsse.

Unsere Zeitung.

Durch vereinte Kraft hat der Mensch die Kultur errungen, die er besitzt, und nur durch vereinte Kraft ist weiterer Aufstieg möglich. Das wissen wir, und darum haben wir uns ja verbunden in unserem gewerkschaftlichen Verband, um in gemeinsamer Kraft das Ziel unseres wirtschaftlichen Strebens zu erringen. Und dieses wirtschaftliche Ziel ist zugleich ein Ziel edelsten Gehaltes, voll höchster geistig-seelischer Werte, die das Herz erbauen und mit sei-

ligem Sehnen erfüllen und darum ist uns auch unser Verband ein unser ganzes Herz erfüllender und erfreuender Lebenswert. Uns gehört auch die Organisation unseres Berufes; wir sind so durchdrungen von der Ueberzeugung ihres Wertes, daß es uns ein Lebensbedürfnis ist, ihr anzugehören. Unsere ganze Seele legen wir hinein in unseren Organisationsgedanken, so daß die ganze gewerkschaftliche Bewegung zu einer großen, drängenden seelischen Gesamtgewalt wird.

Ihren Ausdruck soll dieses Erleben in unserer gewerkschaftlichen Verbandsabteilung finden. Es ist der Niederschlag all dessen, das sich für unser Ziel regte, was das Hirn erdachte, was das Herz erfüllte.

Wer darum seinen Verband liebt und glücklich ist in dieser Kampfgemeinschaft, der beachtet auch notwendigerweise sein Verbandsorgan. Schwestern und Brüder sind es, die da zu ihm sprechen. Sie haben zu Hause gelassen, was an menschlichen Festern und Schwächen in einem jeden steckt und ihr Bestes gegeben.

Und dieser geistig-seelische Hauch, der damit von dem Blatte ausgeht, soll eindringen in das Fühlen und Denken seiner Leser und in allen ein großes, gemeinsames, gleiches Erleben erwecken und all die Tausende von Herzen zu einem Schlage. Und darum ist das der erhebende Kulturwert unseres Gewerkschaftsblattes, daß es nicht nur gelesen, sondern mit warmem Herzen auch gefühlt werden soll.

G. S.

Die Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1919.

An unserer für das Statistische Reichsamt bestimmten Erhebung über Arbeitslosigkeit und Unterstellungsbezug im zweiten Quartal 1919 haben sich 132 Gauen und Zahlstellen mit zusammen 62 066 Mitgliedern beteiligt, während die Verwaltungen der Zahlstellen in Hanau, Krefeld, W.-Glabach, Weisensfeld und Wiesdorf trotz erfolgter Mahnung die Verzeichnisse nicht eingereicht haben. Diese 5 Zahlstellen mit zusammen 224 männlichen und 315 weiblichen Mitgliedern sind daher an dem nachstehenden geschilderten Ergebnis der Aufnahme nicht mit beteiligt.

In den an der Berichterstattung beteiligten 132 Gauen und Zahlstellen mit 19 705 männlichen und 42 361 weiblichen, zusammen 62 066 Mitgliedern wurden an dem für den Monat Juni angelegten Stichtage — dem 28. Juni — 1351 männliche und 882 weibliche am Ort befindliche, sowie 5 männliche durchreisende, insgesamt also 2208 arbeitslose Mitglieder festgestellt.

In diesen 132 berichtenden Gauen und Zahlstellen hat sich nach den vorliegenden Angaben die Mitgliederzahl im Monat Juni wieder um 2804 — 878 männliche und 2218 weibliche — erhöht, während die Zahl der Arbeitslosen in diesen Orten insgesamt gegenüber dem Ergebnis am Stichtage im Mai wieder um 517 — 273 männliche und 344 weibliche — geringer ist. Prozentual berechnet kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 6,9, bei den weiblichen 2,0 und bei beiden zusammen 3,6 Arbeitslose. Ein Vergleich über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den Vormonaten und in den gleichen Monaten der letzten drei Jahre ergibt folgendes Bild:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtage (am Ort u. auf der Stelle befindlich)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder						
				1918		1917		1916		
	m.	w.	ausf.	m.	w.	ausf.	m.	w.	ausf.	
1918										
Juni . . .	20	194	214	0,4	1,8	1,1	1,4	5,2		
Juli . . .	27	158	185	0,5	1,1	0,9	1,7	5,8		
August . .	25	154	179	0,4	1,0	0,9	1,5	4,5		
September .	21	197	218	0,4	1,8	1,0	1,6	4,1		
Oktober . .	18	154	172	0,3	1,0	0,8	1,3	3,9		
November .	823	429	752	3,4	2,0	2,7	1,2	8,0		
Dezember .	1128	1142	2270	11,8	4,6	6,5	1,5	2,5		
1919										
Januar . .	2868	2497	4860	21,8	9,4	13,0	1,6	2,5		
Februar . .	2038	1928	3966	15,1	6,4	9,1	1,4	2,3		
März . . .	1818	1446	3264	11,6	4,8	6,6	1,4	2,1		
April . . .	1737	1299	3036	10,6	3,6	5,8	1,4	2,4		
Mai	1629	1096	2725	8,9	2,8	4,7	1,1	1,8		
Juni	1356	852	2208	6,9	2,0	3,6	1,4	1,4		

Im ganzen abgelaufenen Quartal wurden in den 132 Gauen und Zahlstellen, aus denen die Be-

Die Arbeitslosigkeit in unserem Verbands im 2. Quartal 1919.

Table with columns for 'Zahl der Mitglieder', 'Zahl der Arbeitslosenfälle', 'Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt', and 'Jeder Arbeitslose fall dauerte Tage'. Rows list data for various years from 1913 to 1919, including sub-rows for 'männl.' and 'weibl.' categories.

* In den 5 Zahlenstellen, die nicht berichtet haben.

richte vorliegen, insgesamt 5739 Fälle von Arbeitslosigkeit mit zusammen 130 507 Arbeitslosentagen gemeldet. Arbeitslosenunterstützung wurde an 2111 Mitglieder für 54 241 Tage gezahlt; für 76 266 Tage oder 58,4 Proz. der gesamten Arbeitslosentage konnte Unterstützung nicht gezahlt werden, weil die betreffenden Mitglieder entweder nicht bezugsberechtigt oder ausgesperrt waren. Auf je 100 Mitglieder kamen im abgelassenen Quartal 9,2 Fälle von Arbeitslosigkeit mit je 22,7-tägiger Dauer. Gegenüber dem vorigen Quartal ist wieder ein erheblicher Rückgang im Umfang der Arbeitslosigkeit, wie auch in der durchschnittlichen Dauer des einzelnen Falles eingetreten.

Ueber den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gaubezirken unseres Verbandes gibt die obstehende Tabelle eine Uebersicht.

Danach waren prozentual berechnet die meisten Fälle von Arbeitslosigkeit zu verzeichnen für das ganze Quartal wie auch am letzten Stichtage, in den Gauen 12 (Sttau und Leipzig), 1 (Berlin), 6/7 (Samburg-Altona) und 9 (Schleis und Eisenberg).

An Arbeitslosenunterstützung sind im zweiten Quartal 92 820 RM. zur Auszahlung gelangt, gegen 236 667 RM. im 1. Quartal 1919 und 40 120 Mark im 4. Quartal 1918.

Politik und Gewerkschaft.

Kritik muß da geübt werden können, wo sie berechtigt ist, ohne daß eine persönliche Sache daraus gemacht wird. Daß unsere Gewerkschaften Großes geleistet haben, wird wohl jedes einsichtige Mitglied anerkennen, doch ist nun auch einmal leider unserer Organisation nicht abzuspüren, daß sie während der letzten Jahre große Fehler begangen und den Forderungen der jetzigen Zeit nicht genügend Rechnung getragen hat. Der Bureaokratismus, der eingerissen ist, muß von uns mit allen Mitteln bekämpft werden. Auch kann nach meiner Ansicht eine Gewerkschaft ohne Politik nicht mehr sein. Wir brauchen, um uns und unsere Forderungen durchzusetzen, eine aufgeschulte, politisch geschulte Mitgliedschaft, wie es jetzt überall die Lohnkämpfe und Beweisen. Jeder muß wissen, um was es geht, und mit dem bloßen Beitragentrichten ist es nicht abgemacht! Wir müssen heraus aus der Gleichgültigkeit, damit unsere Organisation wieder das wird, was sie sein soll: Eine Kampforganisation! Und wenn da auch gelegentlich

Meinungskämpfe untern und ausgefochten werden, das darf uns nicht dazu veranlassen, nun politisch gleichgültig dazustehen. Die Sache der Führer und Kämpfer muß es vielmehr dabei sein, so sachlich wie möglich zu reden und alles Persönliche dabei auszuschalten. Dann wird auch bei diesen Aussprachen etwas Gutes für den Verband herauskommen. Es sind alles Kollegen, die auch nur das Wohl des Verbandes wollen und die auch ihre ganze Kraft dafür einsetzen. Mag nun auch von dem einzelnen über das Ziel hinausgeschossen werden, was Kraft ist, da ist nicht immer die ruhige Bahn, um sie ordnungsmäßig zu leiten und bürokratisch zu registrieren. Aber der Wille zur heilbringenden Arbeit soll niemand abgesprochen werden. Denn ohne Idealismus kann auch kein Sozialismus sein und im Eifer des Idealismus schäumt oft manches über, was sich später kühlt und einen guten Trank gibt. Besser im Eifer des Idealismus Fehler machen und sie dann eingestehen, als aber verächtlicher bürokratischer Geist den Mantel hochgehobener Unantastbarkeit decken. Wird doch auch in den Provinz gerade, um auf die politische Stellungnahme der Gewerkschaften zurückzukommen, eine politische Unbuddsamkeit getrieben. Wir selbst wurde in einer Mitgliederversammlung unserer Bezirksstelle trotz sachlicher Ausführungen das Wort entzogen, weil ich vom Beruflichen auf die Politik zu sprechen kam, während zu gleicher Zeit die Reden Edelweismanns, Koster und andere Flugblätter verteilt und der „Buchbinder-Zeitung“ beigelegt wurden. Wo bleibt da die Trennung zwischen Gewerkschaft und Politik? Was dem einen recht ist, ist dem andern billig! Also geht beiden Parteien Raum, in ruhigen, sachlichen Ausführungen das zu sagen, was für das gesamte Wohl unseres Verbandes zu sagen ist. Dann wird eher durch die Aufklärung die erstrebte Einigung der Massen zu erreichen sein. Fort aber mit allem persönlichen Geiz! Erkennt eine sachliche Kritik an, überlegt reiflich und nehme keiner dem andern dem Glauben an dem Willen zur guten Tat! Nur in diesem Sinne wird auch unser Verbandstag zum Segen für uns werden. Großes ist geleistet worden! Aber noch Größeres steht uns bevor, und nur durch einmütiges, geschlossenes Vorgehen können wir allen reaktionären Bestrebungen das Wasser abtragen. Aber dazu ist auch Aufklärung der Massen notwendig! Heraus aus der Gleichgültigkeit; scheut keine Arbeit für die Organisation, kommt zum Sozialismus und Idealismus! Es gilt den Kampf für unsere Menschenrechte!

Albert Fischer-Frankfurt a. O.

Wohin geht der Weg?

Zu dem Artikel unter dieser Überschrift in Nr. 29 erhielten wir zwei Zuschriften, von denen wir, in Uebereinstimmung mit dem Verfasser, die eine in ihrem Hauptteil wiedergeben. Von einer Aufnahme der zweiten Zuschrift müssen wir aus Raumnot absehen, sie bedarf sich übrigens mit den folgenden Ausführungen des Kollegen Gzile. (D. R.)

Auch ich muß mir diese Frage stellen, nachdem ich den Artikel des Kollegen Goldberg aus Stuttgart in Nr. 29 der „Buchbinder-Zeitung“ gelesen habe. Denn wohin soll es führen, wenn ein Kollege, der gerade mal einen Tag in Berlin sich aufhält und diese Gelegenheit dazu benutzte, um auf fünf Minuten an unserer zufällig tagenden Generalversammlung teilzunehmen — was ich, nebenbei gesagt, für lobenswert halte — um dort etwas zu „lernen“. Ich bedauere, daß Kollege G. gerade zur unrichtigen Zeit kam, denn bei uns Berlinern hatten eben die Lehrjahre ihren Abschluß gefunden. Es gilt bei uns jetzt, auf Grund der traurigen Lehrjahre, das Examen zu bestehen, das heißt zu handeln. Wenn man den Artikel ganz objektiv liest, dann ist sofort zu merken, daß Kollege G. das Opfer einer ganz falschen und einseitigen Orientierung der Berliner Verhältnisse geworden ist. Denn es ist ausgeschlossen, daß einer in ein paar Stunden Aufenthalt über die ganze Sachlage und über die Verhältnisse einer Großstadtabschleife — die nicht seit gestern und heute, sondern seit Jahren sich zu diesen unliebsamen, aber notwendigen Auseinandersetzungen zugespielt haben — ein klares Bild gewinnen kann. Es soll wohl nur wieder einmal der oppositionellen Richtung eins ausgewischt werden. Nun will ich dem Kollegen G. ganz kurz die in seinem Artikel erwähnten Fragen, die zur Diskussion standen, objektiv und wahrheitsgemäß wiedergeben. Die Frage, den „Vorwärts“ als Publikations- und Infektionsorgan der Bezirksstelle anzuerkennen, wurde schon im März abgelehnt. Diese Entscheidung wurde angefochten und eine Urabstimmung verlangt. Das Ergebnis war eine Mehrheit von 946 Stimmen für Ablehnung des „Vorwärts“. Für diesen erklärten sich 2468 Mitglieder, gegen ihn aber 3416. Man sollte, wenn man sich auf „rein demokratischen Boden“ stellt, nicht wieder bei jeder Gelegenheit versuchen, dieses Resultat umzustossen. Das Interessante ist, daß über das Resultat der Abstimmung in der Versammlung vom 20. Juni gejubelt wurde, daß aber die nächste Generalversammlung, die fünf Tage später stattfand, ein ganz anderes Bild zeigte und wären wir so intolerant, wie man es uns so gerne vorwirft, dann wäre es ein leichtes gewesen, den am 20. Juni gefassten Beschluß umzustossen.

Was den sich überrevolutionär gebärdenden Kollegen anbelangt, der noch vor kurzem der gelben Organisation angehören sollte, kann ich es dem Kollegen G. nicht übernehmen, da er auch über diesen Fall falsch orientiert ist. Was mich aber empört, ist, daß man sich nicht scheut, immer wieder mit solchen Anwürfen gegen einzelne Kollegen der Opposition zu kommen. Es müßte für jeden anständig denkenden Kollegen diese Frage längst erledigt sein, und dann ist sie einer Untersuchungskommission überwiesen, auf Wunsch des beschuldigten Kollegen. Wenn aber Kollege G. über die Protestresolution zu den Wahlen zum Gewerkschaftskongreß sich lustig macht, so beweist er nur damit, daß er mit dem Wahlmodus einverstanden war. Die Berliner Kollegenschaft ist auch hier — beide Richtungen — einer anderen Meinung. Die Antwort der Berliner Kollegenschaft auf alle diese Sachen wurde bei den Wahlen der Delegierten zum Verbandstag gegeben, bei der nur die 29 Kandidaten der Opposition gewählt wurden.

Wir wissen es längst, daß man uns zu diskreditieren sucht, um uns der Unfähigkeit zu bezichtigen. Das kann uns aber nicht irretieren, denn unsere Wege sind uns von dem Willen der Kollegenschaft vorgeschrieben, und wir werden davon nicht abgehen. Aladar Gzile-Berlin.

Berichte.

Berlin. Eine Seitenhieb! Die wirtschaftlich gebürdete Lage der Arbeiterkraft wird nur von wenigen Arbeitgebern anerkannt. In den weitaus meisten Fällen werden die Arbeitgeber durch die gewerkschaftlichen Organisationen und die Schlichtungsausschüsse nach langwierigen Verhandlungen gezwungen, der Forderung der Arbeiterkraft durch Gewährung von Teuerungszulagen, Entschuldigsummen und Wirtschaftsbeiträgen zu steuern. Die Firma Hamburger u. Fuchs, Wellpappenwerke in Neudöfen, hat, ohne daß die Arbeiterschaft der Firma eine bestimmte Forderung stellte, ihrem Personal

folgende Entschädigungssumme gezahlt: An 5 männliche Arbeiter nach 5 jähriger Beschäftigung je 900 Mk., an 5 männliche Arbeiter nach 3 jähriger Beschäftigung je 800 Mk., an 2 männliche Arbeiter nach 1 jähriger Beschäftigung je 400 Mk., an 7 weibliche Arbeiter nach 5 jähriger Beschäftigung je 600 Mk., an 6 weibliche Arbeiter nach 3 jähriger Beschäftigung je 375 Mk., an 6 weibliche Arbeiter nach 2 jähriger Beschäftigung je 250 Mk., an 7 weibliche Arbeiter nach 1 jähriger Beschäftigung je 125 Mk., an 3 weibliche Arbeiter je 50 Mk., an 1 weiblichen Arbeiter 30 Mk. Die Gesamtanzahlung betrug 16 005 Mk. Diese von sozialem Verständnis für die arbeitende Bevölkerung zeugende Tat empfehlen wir allen Arbeitgebern zur Nachahmung.

Dresden. In der am 15. Juli stattgefundenen Quartalsversammlung erstattete Rätchner den Geschäftsbericht. Das Ableben der Kollegin Gängel wurde in der üblichen Weise geehrt. Recht erfreulich ist immer noch die Mitgliederbewegung. Der Bestand war am Schluß des Quartals 810 männliche und 3806 weibliche Mitglieder, gegenüber dem 1. Quartal ein Zuwachs von 163 männlichen und 901 weiblichen Mitgliedern. Rößl berichtete über den Massenabschluß. Es sind wohl auch hier Fortschritte zu verzeichnen, die aber den Anforderungen nicht genügen. Am 1. Juli macht sich eine Lokalbeitragsverhöhung von 10 auf 20 Pf. für Kollegen, von 5 auf 10 Pf. für Kolleginnen nötig. Zum Arbeitsnachweisbericht bemerkte Gajda, daß die Zahl der Arbeitslosen in der Vorberichtszeit geringer geworden ist. Ueber den Gautag berichtete Koss, daß derselbe als Vorspiel zum Verbandstag gute Arbeit geleistet hat, was auch von der darauffolgenden Kartomagnetenkonferenz, die sich mit dem Reichstakt befaßt, so sagen ist. Zur Beratung der Anträge für den Verbandstag wird eine Vertrauenspersonenversammlung bestimmt. Lange erstattete Bericht über den Gewerkschaftslongren. Seine Ausführungen klangen aus in die Richtung, daß nur Arbeit uns helfen kann, und nicht zuletzt auch Zusammenarbeit, die nicht Persönlichkeiten im Auge hat, sondern nur das Allgemeinwohl. Medner widmete vor allem den wertvollen Ausführungen der Genossin Hanna alle Anerkennung und plauderte für lebhafteste Aufklärungsarbeit unter den weiblichen Mitgliedern und engher Zusammenarbeiten beider Geschlechter in den Organisationen. Lebhafter Beifall dankte dem Redner.

Leipzig. Am 16. Juli ließen sich die Mitglieder Bericht erstatten über den Würzburger Gewerkschaftslongren. Da infolge unseres Wahlmodus die Leipziger Kollegen keinen Delegierten entsenden konnten, war Kollege Lange-Dresden als Referent bestellt. Wer glaubte, daß Lange die Haltung unserer Delegierten zu den Beschlüssen des Kongresses auch nur andeutungsweise begründen würde, sah sich in seinen Erwartungen getäuscht. Genosse Kriem als Korreferent betrachtete es als seine Aufgabe, die „Ergründlichkeiten“ des Kongresses in kurzen Zügen anschaulich zu gestalten und die Stellungnahme der Opposition zu begründen, was selbstverständlich als ureigenes Empfinden der Leipziger Buchbinderarbeiterschaft den stürmischen Beifall der Versammelten fand. In einer nach erfolgter Diskussion einstimmig angenommenen Resolution wurde das Verhalten der Opposition auf dem Gewerkschaftslongren gebrandmarkt. Die Versammlung bebauerte die gefassten Beschlüsse, die zeigen, daß in der Folge in aller Weise weiter gearbeitet werden soll. Die Versammelten verlangten, daß die Gewerkschaften endlich eine Politik des konsequenter Massenkampfes führen, die darin gipfeln muß, die Arbeiterschaft aus den Fesseln des Kapitalismus zu befreien. In diesem Sinne gelobten die Versammelten zu wirken, selbst auch dann, wenn es gegen den Geschmach der Gewerkschaftsführer sein sollte.

Mainz. Endlich können wir auch aus Mainz erfreuliches berichten. Da fast alle Kollegen hier während des Krieges zum Militär eingezogen wurden, und viele Kolleginnen in den Munitionsfabriken einen höheren Lohn fanden, vermißt die hiesige Zählstelle der Auflösung. Nach Eintritt der Demobilisierung lehrten alsbald unsere Kollegen, die das Glück hatten, den Krieg zu überleben, in unsere Reihen zurück. Leider fanden sie hier in unserem Verzuge die unregelmäßigen Verhältnisse vor. Die Zeitung wurde wieder dem zurückgekehrten Kollegen Ebert übertragen, dem es gelang, in kurzer Zeit das Geschäftsleben in flotte Bahnen zu bringen. Alsbald waren 35 Mitglieder für den Verband gewonnen und die Wahl der Vertrauensmänner konnte vorgenommen werden. Zunächst vollständig ohne jede Fühlung mit der Gau- und Verbandleitung sowie durch die Bestimmungen der Satzung erschwert, war dem Vorstande, seine Arbeit sehr erschwert. Vorstandssitzungen und Versammlungen durften ohne Genehmigung nicht abge-

halten werden. Alles mußte auf eigene Faust geschehen. Und dennoch ging es vorwärts. Am 1. April war die Selbständigkeit der Zählstelle erreicht. Mitte März hatten wir das Glück, eine Versammlung genehmigt zu bekommen, in der wir zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse Stellung nahmen. Beschlossen wurde, mit dem Verbands der Druckereiarbeiter und -arbeiterinnen Forderungen einzureichen. Gemeinsam und geschlossen gingen beide Organisationen vor. Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten. Nach einigem Hin und Her waren unsere Forderungen fast vollständig durchgesetzt. Ein Tarifvertrag wurde vereinbart und dabei Lohnaufbesserungen bei Arbeitern von 3-30 Mk. und bei Arbeiterinnen von 2-12 Mk. erzielt. Den hiesigen Verhältnissen entsprechend, konnte man zufrieden sein. Der Tarif ist von allen in Betracht kommenden Firmen unterzeichnet, bis auf zwei, darunter die bekannte Firma J. V. Schmidt, welche in den hohen Löhnen den Kumm des Gedächtnisses feiert. Nachmaliges persönliches Vorgesprechen hatte keinen Erfolg, und so mußte dann der Schlichtungsausschuß angerufen werden. Am 21. Juni fand sodann eine Sitzung vor dem Schlichtungsausschuß statt, der folgenden Schiedsspruch fällte:

Die Firma J. V. Schmidt ist gehalten, die Lohnbedingungen einzugehen, die in dem Tarifverträge der Buchbinder mit der Buchdruckerei-Verfahren vom 15. April 1919 vorgegeben sind. Inwieweit hiernach Nachzahlungen zu gewähren sind, haben solche mit Wirkung vom 15. April 1919 an zu geschehen.

Diesem Schiedsspruch hat die Firma nicht anerkannt. Als Antwort hat sie noch am demselben Tage allen Arbeitern und Arbeiterinnen bis auf

Der Mensch muß einsehen, daß er nur ein Tropfen in dem Ozean der Menschheit ist. Nicht nur in der eigenen Brust darf er das Leben und seine göttlichen Kräfte begreifen, erfassen und lieben wollen, sondern in allen, die um uns sind, in unseren lebenden Brüdern. Er braucht nicht seine Tatkraft aufzugeben, nicht sich selbst verlieren, um sich mit den anderen zu vereinen — er wird im Gegenteil dadurch die uralten Lebenskräfte gewinnen: die schauende Liebe und die handelnde Sympathie. — Seit dreißig Jahren hat die Welt Tausende von Uebermenschen entstehen sehen. Jetzt soll sie Menschen sehen, die nichts sind als Menschen, die versuchen, einander zu verstehen und miteinander zu arbeiten! Mitmenschen! ... Romain Rolland

den letzten Mann gekündigt, richtig gesagt, ausgesperrt. Arbeiter, die man 40 Jahre lang mit einem Hungerlohn abzuspeisen verstand, wirft man nun einfach auf die Straße, weil sie es wagten, sich dem Verbands anzugliedern und einen zum Lebensunterhalt notwendigen Lohn zu verlangen. Ein Zeichen christlicher Nächstenliebe des Gebel- und Gehangbuchfabrikanten.

Auf diese Gewalttat gegen dem Schlichtungsausschuß erfolgte von diesem Klage bei der Beschäftigungsbehörde. Von dem Verbands wurde Schmidt außerdem wegen Weigerung der Nachzahlung in der Höhe von 2444 Mk. bei dem Gewerbegericht verklagt. Zu einem Urteilspruch konnte es leider nicht kommen, denn die Arbeiterschaft dieses Musterbetriebes hatte, wie schon so oft, versagt. Der fromme Herr konnte seine Schäfchen und puzte sie zu schämen, und die Kündigung hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Noch war nicht die Kündigungszeit um, so hielt man schon wieder um gut Wetter an. Gütigkeit wurden alsdann wieder bei einer Anzahl Mädchen die Kündigungen zurückgenommen. Wie bereit waren, wieder für den alten Lohn zu arbeiten und die Klage zurückzunehmen. Auf diese Weise ist es der Firma gelungen, wieder 1000 Mk. in ihren Säckel zu bringen. Dem Standhaften hatte sich die Firma bereit erklärt, die geforderte Summe zu bezahlen. 1498,50 Mk. hatte die Verbandsleitung in Empfang genommen und an die Arbeiter in Beträgen in der Höhe von 36-288 Mk. und an die Arbeiterinnen in Höhe von 18-98 Mk. ausbezahlt. Ein Beweis der niedrigen Löhne bei J. V. Schmidt.

Mainz. Am 7. Juli fand unsere halbjährige Generalversammlung statt, die besser besucht hätte sein können. Nach einigen Mitteilungen gab Ebert dem Geschäftsbericht. Große Arbeit, durch die hier herrschenden Verhältnisse sehr erschwert und mit so mancher Gefahr verbunden, war zu leisten, um die Zählstelle auf die jetzige Höhe zu bringen. Aber die Tätigkeit hat sich gelohnt. Bis auf einige wenige

hat sich die hiesige Kollegenschaft dem Verbands angeschlossen, so daß nun die Zählstelle am Ende des Quartals 135 Mitglieder zählte. Diese Tatsache berechtigt uns zu den besten Hoffnungen für die Zukunft. Den Massenbericht gab Limberger. Nach Erlebung einiger geschäftlicher Angelegenheiten berichtete Ebert über den Stand unserer gemeinsamen Forderungen mit dem Verbands der Druckereiarbeiter und -arbeiterinnen betreffs einer Teuerungszulage und Ferienbewilligung. In seinem Schlusswort forderte er zur steten Agitation auf. Das vergangene Halbjahr sei der beste Beweis, daß nur durch eine starke Organisation etwas zu erreichen sei. Fleißig solle ein jeder die nun wieder eintreffende „Buchbinder-Zeitung“ lesen, und in jeder Arbeiterfamilie dürfe nur die Arbeiterpresse gelesen werden.

Betreffs unserer Forderungen fanden am 10. und 14. Juli Verhandlungen mit den Arbeitgebern statt, wobei es zu einer Einigung kam. Demnach ist den Buchbindergehilfen und verarbeiteten Hilfsarbeitern sowie Hilfsarbeiterinnen, welche Witwe mit Kindern sind, eine 18 prozentige und den lebenden Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen eine 12 prozentige Teuerungszulage vom 1. Juli ab zu zahlen. Die Lohnregelung hat am nächsten Lohntage zu erfolgen. Ferner erhalten alle Arbeiter und Arbeiterinnen nach dreijähriger Tätigkeit 3 Tage Ferien und für jedes weitere Jahr einen Tag, bis zur Höchstzeit einer Kalenberemose. Also wieder ein Schritt vorwärts. Leicht waren diese Erfolge unter den hiesigen Verhältnissen nicht zu erzielen. Unser gemeinsames und geschlossenes Vorgehen mit dem Verbands der Druckereiarbeiter und -arbeiterinnen hat viel zum Gelingen beigetragen. Nun gilt es, das Erreichte zu halten und weiter auszubauen. Darum laßt nicht locker und steht nicht interesselos zur Seite. Stelle jeder seinen Mann, stärkt die Organisation, damit wir stets gerüstet für neue Kämpfe dastehen.

Potsdam-Romauer. Infolge der Kriegserhältnisse hatten sich unsere Lohnbedingungen recht verschiedenartig gestaltet. Namentlich die Gleichgültigkeit der Kolleginnen trug viel dazu bei, daß die Löhne der Teuerung entsprechend nicht angemessen erschienen. Nachdem aber unsere Kollegen aus dem Feld zurückgekehrt waren, ist wieder ein frischer Zug in unsere Zählstelle eingetreten. Bald wurde erkannt, wo der Sebel anzufassen ist, und nach den nötigen Vorarbeiten wurde Anfang April in eine neue Lohnbewegung eingetreten. Eine harte Geduldprobe war es für uns, aber noch immer sind wir auf friedlichem Wege durch Verhandlungen, welche sich mehrere Wochen hinzogen, zu unserem Ziel gelangt. Parallel mit uns steht auch eine Bewegung der Buchdruckereiarbeiter- und -arbeiterinnen ein. Für Buchdruckereien, wo ausnahmslos unsere Kolleginnen beschäftigt sind, aber auch der größte Teil unserer Kollegen, erreichten wir für letztere einen Minimallohn von 80 Mk., Beschneider usw. 85 Mk., für Arbeiterinnen 40 Mk. Ferien wurden für Gehilfen nach neuemontierter Tätigkeit 5 Tage gewährt, steigend in jedem weiteren Jahr um einen Tag bis zu 15 Arbeitstagen. Für Weibliche gibt es nach 1 1/2 jähriger Tätigkeit 3 Tage Ferien, steigend für jedes weitere Jahr um einen Tag bis zu 6 Tagen. Sonst wurden noch Bestimmungen über Ueberstunden, Gehilfenarbeit und Feinerebeit aufgenommen.

Da nun während der sich mehrere Wochen hinziehenden Verhandlungen abermals eine bedeutende Steigerung der Lebensmittelpreise eintrat, welcher man ja auch der Buchdruckern gegenüber durch erneute Teuerungszulagen Rechnung traf, so stellten auch wir erneut Forderungen auf Teuerungszulagen. Bei den darauf stattfindenden Verhandlungen konnte keine Einigung erzielt werden und auf unseren Vorschlag wurde das Gewerbegericht angerufen zur Fällung eines Schiedsspruches. Dadurch wurden den Gehilfen pro Woche 10 Mk., den Arbeiterinnen 4,50 Mk. Teuerungszulage bis 31. August zugesprochen.

Als Vertreter der Arbeitgeber fungierte auch Herr Emil Mann, Vorsitzender der „Freien Vereinigung der Buchbinderinnen Potsdams“, welcher ebenfalls für diesen Schiedsspruch eintrat. Da nun in den Kleinbetrieben teilweise noch Löhne gezahlt werden, welche der heutigen Zeit auch nicht im geringsten entsprechen, so besteht wohl die Berechtigte Hoffnung, daß Herr Mann nun bei seiner „Vereinigung“ dahin wirken wird, daß auch dort unsere wenigen Kollegen die Teuerungszulage erhalten. Die Zulagen sind in allem Druckereien gezahlt worden, nur der Richter der Buchbinderabteilung der Buchdruckerei von Stein, Herr Schiller, glaubt die Gehuld des Personals abermals erneut einer Belastung unterziehen zu können. Zum größten Teil zählt er seinen Arbeiterinnen nicht die ihnen zustehenden Zulagen. Von seinen 4 Gehilfen hat er

8 gefündigt. Herr Schlüter glaubt, da die vor-
handene Arbeit nicht eilt, diese vorläufig liegen
lassen zu können, da ja vom 31. August eventl. die
Feuerungszulage in Kraft kommen und dann
die Arbeit noch immer mit Hochdruck hergestellt
werden kann. Anscheinend will Herr Schlüter in
seinem Betrieb keine Ruhe haben. Wir werden
schon Mittel und Wege finden, daß er diese Sabo-
tierung unseres Wirtschaftslebens nicht weiter-
treiben kann. Auch er muß zu seiner Pflicht ge-
zwungen werden, welche uns jetzt nur aus dem
Chaos retten kann und das ist Arbeit. Sonst aber
können wir mit Stolz und Befriedigung auf das
bisher Erreichte zurückblicken. Der Organisations-
gedanke hat in unserer Zahlstelle feste Wurzel ge-
faßt und ist nicht mehr auszurotten.

Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 22. Juli
bei der Verbandskasse ein: Von Brandenburg mit
50 Mk., Potsdam — M., Rathenow 600 Mk.,
Königsberg — M., Rixitz — M., Dessau 100 Mk.,
Halberstadt 106,89 Mk., Magdeburg 8000 Mk.,
Wau 6/7 — M., Hamburg 2800 Mk., Kiel 758,88
Mk., Braunschweig — M., Hannover 6815 Mk.,
Kassel 1500 Mk., Eisenberg — M., Jena 150 Mk.,

Reiß — M., Jagen — M., Neumieb — M.,
Wiesdorf 900 Mk., Gießen-Weimar — M., Heidel-
berg — M., Obermiesenthal 800 Mk., Zwickau
800 Mk., Borsbeim 1300 Mk., Neulingen 500 Mk.,
Luttfingen 1000 Mk., Schweinfurt 100 Mk., Augs-
burg — M. und von Kaufbeuten mit 250 Mk.
E. Gausisen

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.
B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
Bernau. B.: E. Wiggert, Weinbergstr. 44.
K.: Fr. E. Leible, Lohmühlenweg 4.
Eberstadt bei Darmstadt. B.: H. Wesler II,
Seheimer Str. 7. K.: J. Günther, Müllerstr. 9.
Göppingen. B.: G. Weg, Schloßstraße 1.
K.: H. Maier, Marktstr. 25.
Jagen i. B. B.: H. Goebel, Frankfurter Str. 54.
K.: A. Schäfer, Ambsstr. 21.
Kellbronn. B.: R. Kleinflecht, Rathausgasse 5
part. K.: Fr. Diem, Fleinerstr. 42 II.
Mühlhausen i. Th. B.: H. Probst, Weinberg-
straße 56. K.: A. Ueber, Holzstr. 25.
Oldenburg i. O. B.: Th. Weise, Schloßplatz 17,
K.: A. Gensius, Wilhelmstr. 20, parterre.

Stettin. B.: H. Zentner, Bogislaffstraße 25.
K.: G. Weiser, Friedenstr. 6, I. Stfl. 111.
Ulm a. D. B.: E. Weber, Pfeffersstr. 26 II.
K.: A. Wagner, Sammlungsstraße 8.

Briefkasten.

B. G. in St. Zuschriften für die Abteilung
„Berichte“ werden nicht gezeichnet. — **H. O. in L.**
Die Zeitung kann nicht eher versandt werden, bis
sie gedruckt ist. Wenn die Pakete so spät dort an-
kommen, dann liegt das nicht an uns, sondern an
den mangelhaften Beförderungsverhältnissen. Da-
gegen sind wir machtlos. — **H. O. in B.** Ihre Zu-
schrift kann unmöglich zum Abdruck kommen, da
Sie in ihr einen schon längst überwundenen Kasten-
geist vertreten. Wer jahrelang in der Buchbinderei
gearbeitet hat, ohne eine eigenliche Lehrgang abso-
lviert zu haben, kann für gleiche Arbeit gleichen
Lohn verlangen und auch sonstige besondere Ver-
günstigungen, wie Ferien usw. Daß es da manch-
mal nicht ohne Härten abgeht, liegt in der Natur
der Sache, berechtigt uns aber nicht, für die soge-
nannten Hilfsarbeiter besondere Tarife abzu-
schließen, damit „der gelehrte Buchbinder nicht ge-
schädigt werde“. — **H. O. in L.** Ihre Zuschrift ist
durch die neuen Vereinbarungen erledigt. Einen
Bericht hierüber finden Sie in dieser Nummer.


Zahlstelle Berlin.
Am 19. Juni verstarb, 61 Jahre
alt, unser Kollege
Hermann Meyer.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
Die Ortsverwaltung.

Drahthefterinnen
Falzerinnen, Zusammenträge-
rinnen, Maschinenkleberinnen
für dauernde Beschäftigung sucht
Filiale Berlin der Leipziger Buch-
binderei A.-G. vorm. Gust. Frigede,
Schöneberg, Bahustr. 29/30, Wfl. Schöneb.

Ca. 60 kg
Heftgarn
zu verkaufen.
Hugo Bieler, Halle a. S.,
Reisenstraße 1b, Fernruf 8728.

Marmorierereinrichtung
Schriften und Plakate f. Handbergolbung,
Beschnittmittel und Preßkretzer zu ver-
kaufen. Offerten unter **W. S. 127**
befördert die Expedition dieses Blattes.

Schlichter Etuismacher
für dauernde Stellung gesucht.
Felix Renne, Etuisfabrik,
Allersgade 4, Kopenhagen.



WIRIL
Klebstoffe
sind allen voran
Glänzende Begutachtungen
Lieferanten von Staats- u. städt.
Behörden, industriellen Werkern
u. der Handelswelt.
Flüster v. 5kg gern zu Diensten, Verwendungsart bitte angeben
**Chemisch-
Technische Werke**
Willybald Fichter
Leipzig Quersstr. 7/8
Tel. 3049, 11249 ★ *Telegr. Adr. Wirilwerke*
Zur Messe: Zeisighaus I, Obergeschoß Stand 74/76.

Unsern lieben Kollegen **Winn-
zeng Wagner** und seiner lieben
Frau Kollegin **Eudibica Frau**
sowie unserer Kollegin **Karolina**
Biermeier zur Vermählung herz-
liche Glückwünsche.
Zahlstelle Augsburg.

Wir haben abzugeben:
ca. 3000 kg Klebstoff
Angebote werden erbeten:
Bayer Industrie-Werke A.-G.
Freimann-München.

**Draht- u. Faden-
hefterin**

für sofortigen Eintritt gesucht.
**Ab. Crönlein, Großbuch-
binderei**
Stuttgart.

Großbuchbinderei
Gewandter Fachmann, der bereits
mit Erfolg in leitender Stellung tätig
war, für Vertrauensposten gesucht. —
Nur erste Kräfte mit besten Zeugnissen u.
Gehaltsansprüchen wollen sich melden.
**E. A. Enders, Leipzig, Salomon-
straße 10.**

Heftladen
f. Buchbinder u. Handbinder, **Stfl. 20 Wfl.**
Friedensware, W. S., Postamt 33.

Buchbindermeister
für Berl. Großbuchbinderei zu sofort oder später gesucht.
Es kommt nur eine Persönlichkeit in Frage, die mit allen Buchbinderarbeiten
von feinsten Spezialausführung bis zur Massenproduktion vollkommen vertraut,
ist und ähnliche Stellungen schon in großen Häusern bekleidet hat.
Offerten unter **Gr. 130** an die Expedition dieses Blattes.

Bekanntmachung.
Berlin.
Unsere Mitglieder zur Kenntnis, daß die Zahlstellen **Lehrl.-
Zablonstr. 17, und Gallas, Barnimstr. 20,** aufgehoben sind.
Eine neue Zahlstelle ist bei **Otto Mogwitz, Barnimstr. 13,** ein-
gerichtet worden. Dort können jederzeit Beiträge entrichtet werden.
Die Ortsverwaltung.

Lugus-Kartonnagen
geübte Tischarbeiter und Tischarbeiterinnen
finden dauernde Stellung bei
Max Armbruster & Co., Bergedorf,
Rampchauffee 10.

1 gebr. Radschneidemaschine
für Handbetrieb
(50 cm Arbeitsbreite mit Messermesser Nr. 912) zu verkaufen.
Paul Rosenberg, Metallwarenfabrik,
Berlin, Reichenberger Straße 79/80.